



⇒ Tobias Adler-Bartels

Die Selbstradikalisierung des politischen Katholizismus. Ein Sammelband konturiert den Rechtskatholizismus der Weimarer Republik und diskutiert dessen aktuelle Relevanz

Endzeitstimmung allüberall! Die auf fragilen Kompromissen beruhende bürgerliche Koalition wird als letzte Chance betrachtet, den Siegeszug der rechtsautoritären Kräfte aufzuhalten und den Niedergang der Demokratie zu verhindern, reichsideologisch motivierte Putschpläne werden in spektakulären Prozessen zur Anklage gebracht und die Aufrüstung im Angesicht eines drohenden großen Krieges spaltet die Gesellschaft. Bonn ist nicht Weimar, aber Parallelen von Berlin und Weimar drängen sich angesichts der gegenwärtigen Krisendiagnosen geradezu auf, auch wenn sich jede Gleichsetzung verbietet. Welche Erkenntnisse bietet die historisch fundierte Rückschau und welche Lehren lassen sich aus dem Niedergang der ersten deutschen Demokratie ziehen? Diese grundsätzlichen Fragen stehen im Zentrum des hier zu besprechenden Sammelbandes, der aus einer Tagung hervorging, die von der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen, den Landschaftsverbänden Rheinland und Westfalen-Lippe sowie der katholischen Bildungsstätte Nell-Breuning-Haus im Mai 2022 organisiert wurde. Das in der Reihe *Forschungen zur Regionalgeschichte* (LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte/Landschaftsverband Westfalen-Lippe Münster) erschienene, knapp 400 Seiten lange Werk widmet sich dem rechten Spektrum des politischen Katholizismus und gliedert sich in fünf Abschnitte, die den Begriff des Rechtskatholizismus historisch verorten und abgrenzen (I), das Verhältnis von Amtskirche und Rechtskatholizismus betrachten (II), die rheinisch-westfälischen

Netzwerke unter die Lupe nehmen (III), überregionale und transnationale Perspektiven eröffnen (IV) sowie die aktuelle Frage adressieren, welche Rolle das »Katholische« in der (Neuen) Rechten spielt (V).

Olaf Blaschke / Guido Hitze / Manfred Körber / Markus Köster / Georg Mölich / Julia Paulus (Hg.) (2024): Gefährdete Demokratie. Rechtskatholizismus in der Weimarer Republik, Paderborn: Brill / Schöningh. 379 S., ISBN 978-3-506-79483-3, EUR 64,00.

DOI: 10.18156/eug-2-2025-rez-2

Schon das titelgebende Phänomen selbst ist jedoch (wesentlich) umstritten, wie Mitherausgeber *Olaf Blaschke* in seiner Einführung sowie in einem weiteren problemorientierten Beitrag verdeutlicht, schließlich habe es eine dezidiert ›rechtskatholische‹ Bewegung in der Weimarer Republik nicht gegeben und der Begriff sei daher »weder Indikator noch Faktor der Geschichte der Zwischenkriegszeit« (133). Das Komposita sei vielmehr eine *ex post*-Konstruktion, wie Blaschke mittels digitalgestützter wortgeschichtlicher Analysen nachweist. Als einer dieser »68er Begriffe mit höchst normativer Aufladung« (107) tauche der Neologismus zunächst als (tages-)politisch motivierte Fremdbeschreibung in den 1960ern auf und finde erst später durch die geschichtswissenschaftlichen Untersuchungen von Gabriele Clemens (1983) und Horst Gründer (1984) Eingang in die (Fach-)Diskussionen, ohne sich hier jedoch nachhaltig zu etablieren. Blaschke kritisiert die zunehmende Extension des Begriffes und plädiert dafür, den Rechtskatholizismus entweder auf den Kontext der Weimarer Republik (enge Definition) oder auf den Zeitraum von 1873 bis 1933 (weite Definition) zu beziehen. In seiner Einleitung ruft er die damalige Lage des politischen Katholizismus ins Gedächtnis. Zwar galt das Zentrum gemeinhin als »Stütze der Republik« (10); diese Einschätzung übersehe jedoch die sehr unterschiedlichen Strömungen innerhalb der Partei, in der sich ein demokratisch orientierter Flügel um Matthias Erzberger, eine durchaus heterogene Gruppe von ›Vernunftrepublikanern‹ sowie konservativ-monarchische Rechtskatholiken um Franz von Papen oder Martin Spahn gegenüberstanden. Gerade die sogenannten ›Vernunftrepublikaner‹, wie etwa die späteren Reichskanzler Constantin Fehrenbach und Wilhelm Marx, verdeutlichten die Ambivalenzen der etablierten Kategorien für das Feld des politischen Katholizismus, war doch die hier ausgewiesene *Vernunft* keineswegs autonom und an das individuelle Vermögen gebunden, sondern aus dem göttlichen Naturrecht abgeleitet, wie Blaschke betont. Entsprechend standen diese ›Vernunftrepublikaner‹ zwar auf dem Boden der Republik, waren jedoch durchaus empfänglich für die reichsmythologischen und nationalistischen Sirenengesänge der politischen Rechten.

Dass der Begriff des Rechtskatholizismus eine spezifische Radikalisierungsdynamik des politischen Katholizismus der Zwischenkriegszeit erfasst, war bereits Gegenstand der opulenten Studie von Christoph Hübner über *Die Rechtskatholiken, die Zentrumsparterie und die katholische Kirche in Deutschland bis zum Reichskonkordat von 1933* (2014). In seinem Beitrag für den hier besprochenen Band zielt *Christoph Hübner* nun darauf ab, den Begriff »historisch und genealogisch zu verorten und zu analysieren« (55); er bezieht ihn auf katholische Akteure

oder Bewegungen, die den parlamentarischen Kurs der Deutschen Zentrumspartei in der Weimarer Republik »von einem ›rechten‹, d.h. konservativeren, gegebenenfalls auch nationalistischen Standpunkt her kritisierten und attackierten« (56). Der so verstandene Rechtskatholizismus war für Hübner keineswegs eine kohärente Bewegung und blieb zudem eine relativ kleine Minderheit, die sich der Demokratisierung des politischen Katholizismus vehement widersetzte. Als »das eigentliche ›rechtskatholische Argument‹« (62) fasst Hübner entsprechend – mit einem zeitgenössischen Begriff Max Webers – die Kritik der *Kaplanokratie*, also die vermeintliche Politisierung katholischer Wähler:innen durch die Zentrumspartei (unter Mithilfe zahlreicher Geistlicher) über genuin kirchliche Interessen hinaus. Einen ersten organisatorischen Ausdruck fand dies in der – u.a. von Leo von Savigny und Franz von Papen initiierten – Gründung der ›Deutschen Vereinigung‹ (1908), die sich den Kampf gegen »die Instrumentalisierung der katholischen Kirchenzugehörigkeit durch das Zentrum« (62) einerseits sowie gegen die neuentstandenen Christlichen Gewerkschaften andererseits auf die Fahnen schrieb. Nach der Ausrufung der Weimarer Republik richtete sich die rechtskatholische Kritik, so Hübner, dann vor allem gegen den Kurs der Zentrumsdemokraten um Erzberger, der aus staatspolitischer Verantwortung heraus die Partei in die ›Weimarer Koalition‹ mit der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei und den Sozialdemokraten führte. In der Folge wandten sich rechtskatholische Akteure zunehmend von der Partei ab und traten in die neugegründete Deutschnationale Volkspartei (DNVP) ein, die daraufhin sogar einen ›Reichsausschuss der Katholiken in der Deutschnationalen Volkspartei‹ einrichtete. Die zunehmende Polarisierung des katholischen Milieus sowie das Erstarken rechtskatholischer Kräfte veranschaulicht Hübner am Beispiel der Debatten Mitte der 1920er-Jahre über die Mitgliedschaft von Katholiken in paramilitärischen Verbänden wie dem Stahlhelm oder der Kontroverse um das Volksbegehren zur Enteignung der ehemals regierenden Fürstenhäuser. Der Beitrag plausibilisiert nachvollziehbar die Rede von einer »rechtskatholische[n] Grundstruktur« (82) in der Weimarer Republik, vermeidet jedoch ob der Inkohärenzen des Phänomens den politischen Bewegungsbegriff des Rechtskatholizismus. Sowohl Hübner als auch Blaschke thematisieren dabei das Problem der definitorischen Abhängigkeit des Begriffs vom politischen Katholizismus bzw. der Zentrumspartei, deren Auflösung im Juli 1933 konsequenterweise auch das Ende des so verstandenen Rechtskatholizismus bedeuten müsste, und plädieren entsprechend für eine kontextbezogene Begriffsverwendung.

Mit ihrer politischen Biographie des Historikers, Politikers und Publizisten Martin Spahn prägte Gabriele Clemens (1983) den Begriff des Rechtskatholizismus. In ihrem Beitrag definiert *Clemens* diesen Begriff entsprechend als eine Strömung innerhalb des politischen Katholizismus, »deren Vertreter sich bereits im Kaiserreich durch eine betont preußisch-nationale Haltung auszeichneten und die nach dem Ersten Weltkrieg weitgehend mit der nationalistischen Rechten der Weimarer Republik verschmolzen« (193). Hier wird die enge Verzahnung dieses Phänomens mit dem Denken der sogenannten Konservativen Revolution bzw. des Neuen Nationalismus deutlich (vgl. Breuer 1993), für die Spahns Biographie beispielhaft steht. Als Sohn des bekannten Zentrums politiklers Peter Spahn (1846–1925) wurde Martin Spahn, wie Clemens in ihrem Beitrag nachzeichnet, in den politischen Katholizismus quasi hineingeboren, emanzipierte sich aber von Partei und Milieu durch eine zunehmende Radikalisierung. Zunächst Abgeordneter im Straßburger Gemeinderat (1908–1918) sowie im Reichstag (1910–1912), positionierte er sich früh gegen die Erzberger-Fraktion und schloss sich 1921 öffentlichkeitswirksam der DNVP an. Spahn stand früh in Kontakt mit prominenten Vertretern des Weimarer Jungkonservatismus wie Arthur Moeller van den Bruck oder Heinrich von Gleichen und zielte zusammen mit dem Ständestaatstheoretiker Heinz Brauweiler auf eine außerparlamentarische Sammlungsbewegung der rechtskatholischen Kräfte. Die 1921 gegründete »Vereinigung für ständischen Aufbau« war Ergebnis dieser Überlegungen und brachte Vertreter aus Landwirtschaft und Mittelstand zusammen. In der Erziehungsarbeit des »Politischen Kollegs« fand Spahn ein weiteres wichtiges Betätigungsfeld, zielte die antidemokratische Rechte doch darauf ab, hier eine zukünftige nationale Elite auszubilden (dazu Petzinna 2000). Die ideologische Brücke zwischen dem Rechtskatholiken Spahn und den Jungkonservativen bildete nach Clemens das – mal mehr, mal weniger christlich ausbuchstabierte – konservative Ideal eines hierarchischen Ständestaates, der als Gegenmodell zur demokratischen Ordnung der Weimarer Republik in Stellung gebracht wurde.

Einen »dezidiert katholisch grundierten Volkstumsdiskurs« (286) nimmt dagegen *Christoph Kösters* am Beispiel des »Reichsverbands für katholische Auslandsdeutsche« (RKA) in den Blick und veranschaulicht anhand dessen Führungspersonals den Wandel der Volkskonzeptionen innerhalb dieser Organisation. So standen sich in der Phase von 1918 bis 1927 mit dem ersten Vorsitzenden Ansgar Sinnigen sowie dem zweiten Vorsitzenden Philipp Brugger Kösters zufolge zwei konträre Konzeptionen gegenüber. Während Sinnigen darauf abzielte, den RKA anschlussfähig für die Positionen des völkisch-nationalistischen

Grenz- und Auslandsdeutschtums zu machen, plädierte Brugger für die universal-kirchliche Mission und grenzte sich so gegen den Nationalismus etwa des Alldeutschen Verbandes ab. Im Zeitraum von 1927 bis 1932 brachte der RKA-Schriftführer Georg Schreiber die »Idee des katholischen Weltdeutschen« (269) gegen die volksdeutschen Tümeleien der Rechten in Stellung und forderte wechselseitige Achtung und Rechtssicherheit für alle nationalen Minderheiten. Doch blieb dies, so Kösters, Episode – der neue Verbandsleiter Emil Clemens Scherer brachte den RKA ab 1932 auf Linie und steht entsprechend für die »katholische Anverwandlung völkisch-rassischen Ideenguts« (285) sowie das Ende dieses kurzen katholischen Sonderwegs im Volkstumsdiskurs.

Am Beispiel des münsterländischen Zentrumspolitikers Franz von Galen (1879–1961) zeigt hingegen *Josephine von Weyhe*, dass die grundsätzliche Kritik am Kurs der Partei nicht notwendig den Weg zur außerparlamentarischen Rechten bedeutete. Als Spross eines alten westfälischen Adelsgeschlechts blieb Galen, so von Weyhe, zeitlebens auf Distanz zur demokratischen Ordnung der Weimarer Republik und stand vielmehr für einen »fundamentalen Antimodernismus« (214), der sich am Ideal der Monarchie sowie einer hierarchisch-subsidiären Staatsorganisation orientierte. So votierte Galen bei der Wahl zum Reichspräsidenten 1925 für Hindenburg (und gegen den Zentrumsmann Wilhelm Marx), in der Wehrverbändefrage sah er zwischen Stahlhelm und dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold keinen wesentlichen Unterschied und in der Frage der Fürstenenteignung agitierte er für das Recht auf Eigentum – in allen drei Fällen lag er also auf rechtskatholischer Linie, wie von Weyhe zeigt. Während Galen eindeutig der Zentrumsrechten nahestand, betrachtete er zugleich alle Versuche, die katholischen Interessen außerhalb dieser Partei zu organisieren, als einen Irrweg, da das System der »Kaplanokratie« die Massen an den Kleerus gebunden habe. Bis zum Ende trat er daher für das Zentrum ein und warb in (rechts-)katholischen Kreise eifrig um Unterstützung für das Präsidialregime Papens. Noch im Mai 1933 wurde er stellvertretender Reichsvorsitzender des Zentrums und legte dann vor der Abstimmung zum Ermächtigungsgesetz aus Protest sein Mandat nieder. Galen wird von von Weyhe entsprechend als ein Akteur beschrieben, der »zwischen einem dezidiert rechtskatholischen und einem zentrumsrechten Lager diffundierte« (224f.).

Eine ähnliche Stoßrichtung hat der Beitrag von *Guido Hitze* über das politische Wirken von Adolf Kardinal Bertram, der seit 1914 Fürstbischof von Breslau war und zudem als Vorsitzender der Fuldaer

Bischofskonferenz eine der einflussreichsten Stimmen des politischen Katholizismus bildete – und von Hitze als »ausgesprochener Bremser der Rechtsopposition gegen den Weimarer Staat« (171) charakterisiert wird. Trotz offen artikulierter Vorbehalte seitens des schlesischen Adels gegen die parlamentarische Republik stellte sich Bertram, so Hitze, als katholischer ›Vernunftrepublikaner‹ »nüchtern auf den Boden der Realitäten« (171) und verfasste u.a. 1924 zwei Erlasse gegen die Mitgliedschaft von Katholiken in paramilitärischen Verbänden. Dies rief den vehementen Widerspruch großer Teile des schlesischen Adels hervor, wie Hitze veranschaulicht. Mit dem Westfalen Franz von Papen, der als solitärer Zentrumsrechter innerhalb der Partei zunehmend isoliert war, fand diese schlesische Opposition um Nikolaus Graf von Ballestrem eine prominente Stimme und entwickelte sich zu einer mächtigen Bastion der rechtskatholischen Kritiker, der Bertram jedoch weiterhin Paroli bot. Während der Weg des schlesischen Rechtskatholizismus in das Dritte Reich gewissermaßen vorgezeichnet war, irritiert zugleich das weitere Verhalten Bertrams, der die berüchtigte Erklärung der deutschen Bischöfe vom 28. März 1933 verfasste, die die Verurteilung des Nationalsozialismus aufhob, sich hierbei auf den Römerbrief des Apostel Paulus bezog und so zum Sinnbild der ambivalenten Grundhaltung vieler Katholik:innen um 1933 avancierte.

Eine ländervergleichende Perspektive auf das Phänomen offeriert *Johannes Tröger*, der die Situation der rechtskatholischen Intelligenz zwischen 1918 und 1939 in Deutschland, Österreich und England betrachtet und politische Denker in den Blick nimmt, die darauf abzielten, »aus dem Katholizismus Strukturen für die Gesellschaft, für die Ordnung der Wirtschaft und der Politik zu gewinnen« (230). Gemeinsam war diesen, dass sie die Ursache aller Übel in der Säkularisierung sowie der damit einhergehenden Wendung »zu einem rein innerweltlichen, immer radikaler werdenden Individualismus« sahen (233). Demgegenüber betonten diese Rechtskatholiken, so Tröger, dass der Mensch immer schon in überindividuelle Zusammenhänge eingebunden sei, und sie idealisierten entsprechend mittelalterliche Ordnungsmodelle und autoritäre Ständestaatskonzeptionen. In England formulierten Denker wie Hilaire Belloc oder Christopher Hollis eine Kapitalismuskritik aus katholischem Geiste und trafen sich in ihrer Kritik an der wirtschaftlichen Dominanz mit so unterschiedlichen Denkern wie Carl Schmitt oder Othmar Spann. Kennzeichnend für den Rechtskatholizismus dies- und jenseits des Kanals sei die Vorstellung der Geschichte »als strukturierendes Prinzip des Denkens« (250), die stets mit der Anfechtung der (liberalen) Fortschrittserzählung einherging. Wenig überraschend zeigt Tröger, dass die englischen Rechtskatholiken den

Nationalsozialismus rundweg ablehnten, während die deutsche und österreichische Fraktion in ihrem Verhältnis zum NS lange ambivalent blieb. Weitere transnationale Dimensionen des Rechtskatholizismus thematisiert der Band jedoch leider nur indirekt: Während der Beitrag von *Klaus Unterburger* die dokumentierten Berichte des Nuntius Eugenio Pacelli (des späteren Papst Pius XII.) über die Lage des politischen Katholizismus in Deutschland erörtert, der im Zentrum eine verlässliche Stütze der Kirche im Parteienstaat sah, und zudem die besondere Rolle der Bayerischen Volkspartei im Kontext der Konkordatsverhandlungen zwischen dem Freistaat und Rom betrachtet, nimmt *Wolfgang Schieder* die Bewertungen des italienischen Faschismus durch Zentrums Politiker in den Blick und konstatiert, dass die positiven Urteile über die Lateranverträge von 1929 zwischen dem Vatikan und Italien zugleich mit »einem aus der Sympathie für den Faschismus geborenen katholischen Antinazismus« einhergingen (298).

Gab es auf der anderen Seite des konfessionellen Spektrums ebenfalls einen spezifischen Rechtsprotestantismus? Diese Frage stellt *Manfred Gailus*, der hierzu zunächst den Weimarer Protestantismus in einen (bildungs-)bürgerlichen Kulturprotestantismus (u.a. Friedrich Naumann, Ernst Troeltsch und Max Weber), einen spezifischen Sozialprotestantismus sowie einen Nationalprotestantismus aufschlüsselt. Mit dem Kirchenführer Otto Dibelius (1880–1967) betrachtet er dann »eine Galionsfigur des Nationalprotestantismus« (93), dessen Weltbild von monarchischen, antijüdischen bzw. antisemitischen, antiliberalen sowie nicht zuletzt antikatholischen Grundhaltungen bestimmt war und ebenfalls markante Parallelen zum Denken der Jungkonservativen aufweist. In der 1930 gegründeten »Christlich-deutschen Bewegung« um die Monatsschrift *Glaube und Volk* fand die Synthese aus nationalprotestantischen und völkischen Ideologemen, so Gailus, dann ihren markanten Ausdruck. Aufbauend auf seiner Volksnomostheologie entwickelte hier Wilhelm Stapel, der völkisch-konservative Publizist und Mitherausgeber der Zeitschrift *Deutsches Volkstum*, Überlegungen für ein zu errichtendes *Imperium Teutonicum* und ging so auf Abstand zu restaurativen Idealen wie dem christlichen Staat der wilhelminischen Altkonservativen. Trotz dieser parallelen Motivlagen sei der Begriff des Rechtsprotestantismus aber analytisch unscharf, »[d]enn Rechtsprotestanten waren die evangelischen Deutschen der Epoche fast alle« (100), wie Gailus nüchtern konstatiert.

Zwei abschließende Beiträge richten den Blick auf die Gegenwart. Einen sehr großen Bogen spannt hierbei der Politikwissenschaftler und Publizist *Andreas Püttmann*, der u.a. rechtskatholische Positionen am

Rande der Union sowie in der Mitte der AfD in Erinnerung ruft, Hasskommentare gegen Papst Franziskus in einschlägigen Internetforen dokumentiert sowie (neu-)rechte Debatten über Religion in der *Sezession* und der *Jungen Freiheit* betrachtet. In seiner dokumentarischen Akribie ist das sehr verdienstvoll, aber der systematische Beitrag zur Debatte über den (historischen) Rechtskatholizismus bleibt unklar und mit Erklärungsansätzen u.a. zu »wahrgenommene[n] Provokationen durch einen überdrehenden Liberalismus« (332) auch etwas schlicht. Dagegen bindet *Sonja Angelika Strube* ihre Beobachtungen zum gegenwärtigen Rechtskatholizismus an die geschichtswissenschaftlichen Diskussionen an und sieht in der lehramtlichen Abwehrhaltung gegen die Moderne einen Berührungspunkt von historischen und gegenwärtigen Phänomenen. Auf einschlägigen rechtskatholischen Internetseiten finden sich demnach fundamentalistische Akteure zusammen, die (implizit oder explizit) die Reformen des Zweiten Vatikanischen Konzils ablehnen und dagegen auf einen modernen Antimodernismus setzen. Mit ihrem Rückgriff auf die sogenannte Pianische Epoche der Pontifikate von Pius IX. bis Pius XII. (1846–1958) stehen Gruppen wie die Piusbruderschaft exemplarisch für einen katholischen Fundamentalismus, der sich gegen jede Liberalisierung und Demokratisierung der Kirche richtet und aufgrund seines autoritativen Grundzuges zahlreiche Schnittmengen mit rechtsextremen Denkmotiven aufweist.

Wie steht es nun um das Phänomen des Rechtskatholizismus? Der Band führt die Diskussionen an ihren Ausgangspunkt zurück und rekonstruiert die Verschiebungen am rechten Rand des Zentrums. Ob diese Entwicklungen mit dem Begriff adäquat erfasst werden, bleibt jedoch (auch für die Autor:innen) zu Recht eine offene Frage – die Kompositabildung suggeriert Eindeutigkeit, wo Friktionen und Fraktionen erkennbar werden und sie transportiert zudem den semantischen Ballast aller simplifizierenden Rechts-Links-Dichotomien. Dagegen verdeutlichen die Beiträge, dass sich unter diesem Begriff sowohl reaktionäre Monarchisten als auch radikale Jungkonservative versammeln, denen je unterschiedliche Zeitkonzeptionen (retrograd vs. utopisch) und Politikverständnisse (apolitisch vs. voluntaristisch) zu eigen sind. Die Beziehungen des rechtskatholischen Milieus etwa zum jungkonservativen Umfeld oder zur völkischen Bewegung gilt es daher in weiteren Untersuchungen genauer zu beleuchten. Zugleich suggeriert der Begriff des Rechtskatholizismus, dass sich die ideologischen Motive der darunter subsumierten Akteure ausschließlich aus den religiösen Hintergrundannahmen ableiten lassen, obgleich doch beispielsweise der

moderne Politikbetrieb ihnen eine (säkulare) Eigenlogik aufzwingt.¹ Auch hier sind weitere (ideen-)historische Tiefenbohrungen vonnöten, die den vor- und metapolitischen Raum der katholischen Publizistik (etwa der Zeitschriften *Hochland* und *Abendland*) sowie die Entwicklungen in der (frühen) Bundesrepublik, mit ihren einschneidenden Veränderungen für den politischen Katholizismus, ergründen. In Anbetracht der gegenwärtigen Bemühungen einschlägiger Kreise, den Rechtskatholizismus begriffspolitisch zu profilieren und als Bollwerk gegen die Liberalisierung und Modernisierung des Katholizismus normativ auszuweisen (vgl. Dirsch 2020), sind fundierte Untersuchungen dringend geboten. Der Sammelband bietet dafür einen guten Ausgangspunkt.

(1) Deutlich wird dies etwa mit Blick auf den hier im Band nur sporadisch erwähnten Carl Schmitt, dessen Weg zum »Kronjuristen« des Dritten Reiches zum einen als opportunistische Anpassung an die jeweiligen Machtverhältnisse interpretiert werden kann, während zum anderen die »rechtskatholische« Deutung auf Schmitts vermeintlich reichstheologischen Hintergrund abzielt und so seine Distanznahme gegenüber der Weimarer Republik sowie sein Eintreten für den Nationalsozialismus aus religiösen Motiven begründet; siehe für letztere Deutung Koenen 1995.

⇒ Literaturverzeichnis

Breuer, Stefan (1993): Anatomie der Konservativen Revolution, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Clemens, Gabriele (1983): Martin Spahn und der Rechtskatholizismus in der Weimarer Republik, Mainz: Matthias Grünewald Verlag.

Dirsch, Felix (2020): Rechtskatholizismus. Vertreter und geschichtliche Grundlinien – ein typologischer Überblick, Kaarst: Romeon Verlag.

Gründer, Horst (1984): Rechtskatholizismus im Kaiserreich und in der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung der Rheinlande und Westfalens, in: Westfälische Zeitschrift 134, 107–155.

Hübner, Christoph (2014): Die Rechtskatholiken, die Zentrumspartei und die katholische Kirche in Deutschland bis zum Reichskonkordat von 1933. Ein Beitrag zur Geschichte des Scheiterns der Weimarer Republik, Münster: LIT Verlag.

Koenen, Andreas (1995): Der Fall Carl Schmitt, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Petzinna, Berthold (2000): Erziehung zum deutschen Lebensstil. Ursprung und Entwicklung des jung-konservativen »Ring«-Kreises. 1918–1933, Berlin: Akademie-Verlag.

Tobias Adler-Bartels, *1986, Dr. disc. pol., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Politische Theorie & Ideengeschichte des Instituts für Politikwissenschaft der Georg-August-Universität Göttingen (tobias.adler-bartels@uni-goettingen.de).

Zitationsvorschlag:

Adler-Bartels, Tobias (2025): Rezension: Die Selbstradikalisierung des politischen Katholizismus. Ein Sammelband konturiert den Rechtskatholizismus der Weimarer Republik und diskutiert dessen aktuelle Relevanz (Ethik und Gesellschaft 2/2025: Steuern und Verschulden. Eine gerechtere Finanzierung steigender öffentlicher Ausgaben). Download unter: [https://dx.doi.org/ 10.18156/ eug-2-2025-rez-2](https://dx.doi.org/10.18156/eug-2-2025-rez-2) (Zugriff am [Datum]).



ethikundgesellschaft
ökumenische zeitschrift für sozialetik

2/2025: Steuern und Verschulden. Eine gerechtere Finanzierung steigender öffentlicher Ausgaben

Philipp Kriele-Orphal
 Die Schuldenbremse des Grundgesetzes als demokratietheoretisches Problem

Korinna Schönhärl und Caren Sureth-Sloane
 Steuern und Steuergerechtigkeit – Ein Gespräch

Sebastian Huhnholz
 Steuergerechtigkeitsperspektiven in Zeiten fiskalischer Transformation – Versuch einer kritischen Einordnung

Julia Jirmann und Franziska Vollmer
 Wie kann die Besteuerung in Deutschland gerechter gestaltet werden?

Jonas Hagedorn
 Sozialstaatliche Demokratie und progressive Besteuerung. Eine sozialetische Perspektive.

Julian Degan
 Gerechtigkeit durch Bodenbesteuerung? Eine wirtschaftsethische Reflexion unterschiedlicher Grundsteuermodelle in Deutschland

Ulrich Klüh
 Vermögensbesteuerung als terrestrische Wirtschaftspolitik. Probleme, Widerstände und Ausgestaltungsoptionen

Anna Ott
 Wie gerecht ist die Kirchensteuer?